N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
02.11.2021**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:06 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder, den Beigeordneten und Gäste und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste erklärt, dass die Fraktion eine Fraktionsvorlage „Schulen in Interventionsgebieten“ FV/016/2021/Bürger eingebracht haben, welche unter TOP 9.5 auf der heutigen Tagesordnung steht.

Sie schlägt vor die Beschlussvorlage der Verwaltung „Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für den Planungszeitraum 2022/2023 bis 2026/2027“ – BV 344/2021/V-40 (Top 9.4) von der Tagesordnung zu nehmen und in einem Sonderausschuss weiter zu diskutieren.

Der Ausschussvorsitzende bittet **Herrn Wegener, kommissarischer Leiter des Schulamtes** um eine kurze Stellungnahme zu den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zu nehmen.

Herrn Wegener, kommissarischer Leiter des Schulamtes erläutert, dass bei der Schulentwicklungsplanung nach der Verordnung des Landes ein vorgegebener Zeitrahmen einzuhalten und bis zum 31.01.2022 eine vom Stadtrat beschlossene Schulentwicklungsplanung beim Land einzureichen ist.

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste merkt an, dass die letzte Schulentwicklungsplanung 2019 erstellt wurde und es waren zwei Jahre Zeit, dies zu bearbeiten. Diese Vorlage ist erst mit der Einladung zur Sitzung

des Ausschusses sichtbar geworden und die Zeit ist zu knapp ohne richtige Einführung dies zu behandeln.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales teilt mit, dass die Verwaltung erst auf der Grundlage eines Erlasses des Landes unter einer entsprechenden Zeitschiene die neue Schulentwicklungsplanung vorbereiten kann. Die Beschlussvorlage ist seit einigen Wochen im Beteiligungsverfahren zur Beratung in den Gremien eingestellt. Er appelliert an die Mitglieder die Beschlussvorlage der Verwaltung heute im Ausschuss zu behandeln. Als zuständiger Beigeordnete bittet er um die Erklärung der Motivation zur Einbringung der Fraktionsvorlage und regt an, die Tagesordnung dazu zu ändern.

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales plädiert dafür die Beschlussvorlage der Verwaltung in der heutigen Sitzung zu behandeln. Er schlägt vor die unter Änderung der Reihenfolge in der Tagesordnung in der heutigen Sitzung zu behandeln. Er schlägt weiter vor den Tagesordnungspunkt 9.5 (FV/016/2021/Bürger) als Tagesordnungspunkt 9.4 und den Tagesordnungspunkt 9.4 (BV 344/2021/V-40) als Tagesordnungspunkt 9.5 zu behandeln

Herrn Wegener, kommissarischer Leiter des Schulamtes erläutert, dass die Schulentwicklungsplanung ein dauernder Prozess ist und auch in den folgenden Zeiträumen können Neubetrachtungen, Änderungen, Anpassungen vorgenommen werden.

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales beendet die Diskussion und fragt Anträge der Mitglieder des Ausschusses zur Tagesordnung an.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste nimmt Bezug auf die Ausführungen und betont, dass die Einhaltung des Zeitplanes nicht die Aufgabe der Stadträte ist. Sie stellt den Antrag, dass die Fraktionsvorlage in der Tagesordnung vorgezogen wird und die BV 344/2021/V-40 zur Schulentwicklungsplanung als Information betrachtet wird und eine Beschlussfassung später herbeigeführt wird.

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales erläutert, dass die Behandlung der BV 344/2021/V-40 rein rechtlich nicht als Informationsvorlage behandelt werden kann. Es ergeben sich zwei Möglichkeiten, es kann ein Antrag gestellt werden die BV 344/2021/V-40 von der Tagesordnung zu nehmen oder die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 9.4 und 9.5 zu tauschen.

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales stellt zur Abstimmung die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9.4, BV 344/2021/V-40.

Abstimmungsergebnis: 6/1/0

Die Beschlussvorlage BV/344/2021/V-40 wird von der Tagesordnung genommen.

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales stellt zur Abstimmung die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9.5 FV/016/2021/Bürger.

Abstimmungsergebnis: 1/6/0

Die Fraktionsvorlage / 2021/ verbleibt auf der Tagesordnung als Tagesordnungspunkt 9.4

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben, sodass der Ausschussvorsitzende die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung bringt.

Abstimmungsergebnis: 6/0/1

3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.09.2021

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales bringt die Niederschrift der Sitzung des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales vom 21.09.2021 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 5/1/1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales teilt mit, dass keine Beschlüsse aus in nichtöffentlicher Sitzung des Gremiums gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Dem Ausschussvorsitzenden liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Er lässt die mündlichen Anfragen von **Bürger 1** zu.

Bürger 1 erfragt, wie weit ist die Ausrüstung der Schulen mit Lüftungsanlagen wegen dem Corona-Virus?

Die Anfrage wird mündlich von **Herr Wegener, kommissarischer Leiter des Schulamtes** beantwortet. Insgesamt werden in 9 Unterrichtsräumen unter einer 100 % finanzielle Förderung vom Bund und vom Land Lüftungsanlagen installiert. Eine erste Ausschreibung durch das Schulamt war erfolglos, da die Leistungsbeschreibung für diese Lüfter von keiner Firma, die ein Angebot abgeben hat, erreicht wurde. Eine zweite Ausschreibung ist erfolgt und wir hoffen, dass nun eine Firma die benötigten Lüfter, welche dann auch gefördert werden können, liefern kann.

Bürger 1 fragt dazu nach, dass er davon ausgeht, dass bisher in keiner Schule etwas eingebaut ist. Ab wann rechnet man damit, überhaupt etwas einbauen zu können?

Der Ausschussvorsitzende weist daraufhin, dass die Frage beantwortet ist, sobald sich eine Firma findet, die die entsprechenden Lüfter liefern kann.

Bürger 1 fragt an, wieso können Plätze, die bei Sitzungsbeginn noch frei sind, nicht vor Ort an anwesende Personen vergeben werden?

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales informiert, dass sich Teilnehmer auf Grund der Begrenzung der Personenzahl des Raumes vorher zu jeder Sitzung anmelden müssen. Sollten sich freie Plätze ergeben, können diese auch vergeben werden. Die Mitarbeiter der Verwaltung warten vor dem Sitzungsraum um zu gewährleisten, dass die Hygieneregeln eingehalten werden.

Bürger 1 erklärt, dass es nicht um den Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales geht, sondern um alle Ausschüsse und Sitzungen.

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales betont, dass seine Zuständigkeit und Verantwortung sich nur auf diesen Ausschuss bezieht. Wenn Plätze frei sind, wird niemand ausgeschlossen.

Bürger 1 richtet eine dritte Frage an den Ausschuss bezüglich der Maskenpflicht hier im Rathaus.

Er hat schon mehrmals reklamiert, dass der Sicherheitsdienst selbst keine Maske trägt, auch nicht, wenn er im Gespräch mit einem Bürger ist. Auf Hinweise reagiert dieser ungehalten. Er reklamierte dies am 20.06.21, 27.08.21 und am 14.09.21. Jedes Mal erhielt er einen Dank für den Hinweis und wollte den Sicherheitsdienst sensibilisieren oder auf die bestehenden Regeln hinweisen. Genau die Personen, die dafür da sind, dass die Regeln eingehalten werden, halten sich selbst nicht daran. Nach der letzten Antwort der Stadt Dessau-Roßlau, war er wieder im Eingangsbereich und diesmal bekam er einen Telefonhörer in die Hand gedrückt, durch den zuvor der Sicherheitsdienst ohne Maske hineingesprochen hat und ohne diesen zu desinfizieren.

Dafür gibt die Stadt sehr viel Geld des Bürgers aus. Wenn nach mehrmaligen Beschwerden nicht klar ist, was die Regeln sind, ist man zur Überwachung der Regeln fehl am Platz.

Wieso ist nach mehreren Reklamationen dieses Problem noch nicht abgestellt worden.

Herr Krause nimmt das Thema mit in den Verwaltungsvorstand.

Es liegen keine weiteren Anfragen vor und der Ausschussvorsitzende schließt die Einwohnerfragestunde.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten **Vorlage: IV/063/2021/V**

Wortmeldungen wurden nicht erhoben. Die Informationsvorlage wurde durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

6.2 Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten **Vorlage: IV/064/2021/V**

Wortmeldungen wurden nicht erhoben. Die Informationsvorlage wurde durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

6.3 Tätigkeitsbericht der kommunalen Behindertenbeauftragten **Vorlage: IV/065/2021/V**

Wortmeldungen wurden nicht erhoben. Die Informationsvorlage wurde durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

6.4 Informationen des Integrationskoordinators

Herr Altmann, Integrationskoordinator informiert zur Integrationsarbeit der letzten Monate und die zukünftigen Vorhaben in der Verwaltung.

Hier im Haus findet derzeit eine Ausstellung mit einem neuen Ansatz für die Mitarbeiter der Verwaltung statt, mit dem Ziel die Verwaltung vielfaltssensibler aufzustellen. Diese Ausstellung ist gemeinsam mit unterschiedlichen Partnern, der Hochschule Anhalt, Migrantenorganisationen und anderen Vertretern sowie den Offenen Kanal entwickelt wurden. Insbesondere soll es zu Sensibilisierung der Mitarbeitenden zu Themen gesellschaftlicher Zusammenhalt, Diversität, Andersartigkeit und der Umgang damit. Die Ausstellung kann auch von anderen Einrichtungen genutzt werden.

In einem zweiten Ansatz wurde gemeinsam mit dem Bundesumweltamt eine Schulung von Auszubildenden durchgeführt. Inhalt der Schulung ist es, die Themen Vielfalt, Sensibilität, Diversität, Antidiskriminierung, einfache Sprache, Barrieren im Fokus zu nehmen und mit einem Praxistest im Rathaus unter anderen Teilhabebarrieren zu überprüfen. Die Ergebnisse werden an die Verwaltungsspitze kommuniziert.

Ab Dezember werden alle Mitarbeitenden der Verwaltung durch den Oberbürgermeister wieder zu dem mehrteiligen Modul Vielfaltsmontag mit den Themen einfache Sprache, Kommunikation, Konfliktmanagement und Diskriminierungsfreiheit eingeladen. Das Angebot gilt auch für die Hochschule Anhalt und das Bundesumweltamt im

Rahmen der Kooperation „Dessau-Roßlau für Weltoffenheit und Vielfalt“. Ziel ist es vielfaltssensibel zu sein und Zuzug zu generieren.

In den letzten Monaten wurde gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und mit unterschiedlichen Netzwerkpartnern an einem digitalen Kommunikationstool für Unternehmen zum Thema Fachkräftegewinnung gearbeitet. Dieses Tool ist fertiggestellt, wurde heute dem Oberbürgermeister vorgestellt und ist bereits auf der Internetseite des Amtes für Wirtschaftsförderung eingestellt. Dieses Tool richtet sich an Unternehmen die Fachkräfte und insbesondere Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen wollen und zeigt die Unterstützungsmöglichkeiten der Stadt auf. Er bedankte sich bei allen Partnern.

Frau Perl, SPD-Fraktion erfragt, ob es nach fünf Jahren Erkenntnisse gibt, wie viele Schulabgänger mit Migrationshintergrund in die duale Ausbildung münden und bittet dazu um eine Information in der nächsten Ausschusssitzung.

Zu dem neu eingeführten Fachkräfteeinwanderungsgesetz fragte **Frau Perl, SPD-Fraktion** an, ob in der Stadt Zahlen vorliegen, wie es von den Firmen in Anspruch genommen wird. Wird von der Stadt aktiv im Bereich der Pflegekräfte oder Krankenschwestern aktiv geworben.

Herr Altmann, Integrationskoordinator informierte, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz immer noch sehr kompliziert und Barriere stark in der Anwendung für die Unternehmen ist und dadurch noch nicht so stark wahrgenommen wird. In der Stadt Dessau-Roßlau gibt es mit dem Demographie-Preis ausgezeichnetes internationales Weiterbildungszentrum bei einem Bildungsträger und hier wird eng zusammengearbeitet und ab 2022 wird es in Dessau-Roßlau eine Beratungsstelle für Unternehmen zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz angeboten.

Herr Altmann, Integrationskoordinator verwies zu ersten Frage auf den Bildungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau hin. Diese Zahlen sind noch nicht aussagekräftig genug. Hier müssen auch Daten über den Migrationsmonitor und gemeinsam mit dem Jobcenter erhoben werden.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass oftmals Sprachgebrauch und Ausbildungsreife noch nachjustiert werden. Der Bund hat dazu zu einem neuen Ausschreibungsprojekt aufgerufen.

6.5 Bericht des Bündnisses für Partnerschaft und Demokratie

Herr Andersch, Leiter der Koordinierungsstelle Partnerschaft für Demokratie der Stadt Dessau-Roßlau erstattet einen Tätigkeitsbericht, der als Präsentation der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist.

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste erfragt, ob durch den Zusammenschluss „Engagiert in Anhalt“ mit Wittenberg und Köthen auch eine Erhöhung der Gesamtförderung der Projekte für die Stadt Dessau-Roßlau von 5000.00 Euro auf 7500,00 Euro wie z.B. in Wittenberg erfolgen wird.

Herr Andersch, Leiter der Koordinierungsstelle Partnerschaft für Demokratie informiert, dass mit dem Zusammenschluss „Engagiert in Anhalt“ gemeinsam Höhepunkte, wie z.B. Demokratiewochen organisiert werden und betreibt gemeinsam dieses Portal „Engagiert in Anhalt“. Die Festsetzung der Höchstfördersummen obliegt den jeweiligen Gebietskörperschaften, den dortigen Partnerschaften und den Begleitausschüssen. Es bleibt bei den regionalen Unterschieden.

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste bittet um konkrete Zahlen zu Projekten und zur Inanspruchnahme und ob die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel tatsächlich ausgeschöpft werden.

Herr Andersch verweist auf die Präsentation und den Umstand, dass pandemiebedingt es einen Einmaleffekt mit einer Auslastungsquote der Fonds von 70% gibt. In den Jahren zuvor wurden die Fonds für die Projekte bis zu 95% ausgeschöpft.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste fragt an, ob Projekte, die momentan gut laufen oder Projekte, welche von hohem Interesse, wie z.B. Cyber-Mobbing fortgesetzt oder wiederholt werden können.

Herr Andersch berichtet, dass für Projekte, welche über mehrere Jahre zielführend laufen, ein sogenanntes Phasenmodell entwickelt wurde und insbesondere im Bereich Jugendbeteiligung wird dies angewandt.

Frau Knappe-Arndt, Persönliche Referentin des Beigeordneten Dez. V fügte hinzu, dass gut laufende Projekte, wie z.B. das Projekt Cyber-Mobbing durch verschiedene Träger gleiche Projekte durchgeführt werden. Eine institutionelle Förderung ist nicht möglich. Wünschenswert wäre, wenn viele kleine Träger gleiche Projekt an verschiedenen Orten durchführen.

Herr Zaizek ergänzt dazu, dass die Projektschmiede gemeinsam mit dem DRK und den Referenten das Projekt Cyber-Mobbing sehr bewusst als ein wiederholbares und frei verfügbares Projekt entwickelt haben. Aktuell wird mit der Evangelischen Landeskirche darüber gesprochen, ob es Möglichkeiten gibt Fördermittel aus anderen Töpfen weiterzugeben.

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales bittet für den nächsten Jahresbericht für einen Überblick die Projekte mit entsprechenden Teilnehmerzahlen zu unterlegen.

6.6 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

7 Informationen der Verwaltung

7.1 Informationen zur aktuellen Pandemielage

Herr Lange, in Vertretung des Amtsleiters A 53 erstattet einen Bericht zur aktuellen Pandemielage in der Stadt Dessau-Roßlau. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Herr Lieschke, Fraktion Die Linke *fragt* an, warum man nicht in die Kindergärten und Schulen, die sich als Hotspots zeigen, mit entsprechenden Teams Vor-Ort fährt und dort entsprechende Abstriche abnimmt.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales erklärt, dass dies eine Frage der Organisation des MVZ ist und der Geschäftsführung obliegt. Organisatorisch ist es nicht möglich in jede Einrichtung zu fahren, dafür hat das MVZ zu wenig Personal.

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste *fragt* an, ob es durch die derzeitige pandemische Entwicklung, neuere Veränderungen in der Gesellschaft bzw. im öffentlichen Leben zu erwarten sind.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales berichtet, dass der Pandemiestab am 03.11.2021 wieder tagt und hier auch diskutiert werden soll, ob Verschärfungen im Rahmen der Verordnung vorgenommen werden. Wir beobachten die Inzidenzwerte, die Hospitalisierungsrate, die Belegung der Intensivbetten und Hotspots. Das Infektionsgeschehen zieht sich durch das ganze Stadtgebiet, insbesondere durch Kindereinrichtungen und Schulen, deren Eltern und Anverwandte, so dass wir nachdenken müssen, was in den Einrichtungen verändert werden muss. Bei Kitas und Horten liegt es in der kommunalen Hand. Während der Unter-

richtszeit gelten die Erlasslagen des Landes. Zu berücksichtigen ist, dass wir für Horte Verhaltensanweisungen vorschreiben können, die aber für Schulen nicht gelten. Beobachtet wird eine Vermischung der Kohorten auf Grund des Lehrermangels. Dadurch werden Gruppen mehrmalig zusammengelegt.

Es muss über die generelle Einführung der 3-G-Regelung für Gaststätten, Veranstaltungen usw. wieder nachgedacht werden und Kontrollen wieder verdichtet werden. In den Pandemiestab werden das Jugendamt und das Schulamt hinzugezogen.

In der Oberbürgermeisterdienstberatung am 02.11.2021 wurde organisatorisch die Eskalationsstufe III für das Gesundheitsamt beschlossen, da seit drei Tagen der Schwellenwert des Inzidenzwertes von über 120 überschritten wurde. Aus den freiwilligen Bereichen der Verwaltung wird Personal abgezogen und dem Gesundheitsamt zugeführt. Wir befinden uns derzeit in keinem Look Down und die freiwilligen Einrichtungen (Kultureinrichtungen, Stadtmarketing usw.) sind nicht geschlossen und haben Aufgaben und können nicht einfach abgezogen werden. Wir benötigen Lösungen, Personal bereitzustellen oder eventuell neu zu schulen.

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste bedankt sich für die Ausführung. Er merkt an, dass bei einer Verzehnfachung des Inzidenzwertes in den letzten zwei Wochen Einhalt geboten werden muss.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste teilt eine Beobachtung als Mutter von zwei Schulkinder in der Grundschule Tempelhofer Straße mit. Im Schulbereich werden die Hygieneregeln sehr gut eingehalten werden. Aber im Hort der DEKITA werden die Kohorten durchmischt. Hier wäre es nötig, dass zu den bestehenden Regeln sensibilisiert wird. Frau Grabner bringt ihren Unmut zum Ausdruck, dass jetzt 70 Kinder in Quarantäne sind und dies für die Eltern eine Zumutung ist.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales informiert, dass dazu gegenteilige Informationen von Eltern vorliegen, dass genau in der Schule Tempelhofer Straße durch die Vermischung und fehlende Lehrer während der Schule die Kohorten diesem Infektionsgeschehen unterliegen.

Für die Horte wird es im Pandemiestab noch einmal klar geregelt, dass die Kohorten in den Horten weiter getrennt werden. Es wird aber eine Vermischung geben, wenn nicht genügend Lehrer da sind und auch da gibt es Beschwerden von Eltern.

Herr Dreibrod, Freie Fraktion begrüßt es, dass bei Handballspielen in Dessau-Roßlau die Sicherheitsvorkehrungen vorbildlich sind. Die Zuschauer müssen auch am Platz eine Maske tragen. Bei anderen öffentlichen Sportveranstaltungen z.B. in

Magdeburg sind 5000 Zuschauer am Platz ohne Maske. Es stellt sich die Frage: Wer liegt hier schief?

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales bedankte sich für die Frage. Dieser Sachverhalt wurde auf verschiedenen Ebenen in die Diskussion gebracht, z.B. mit dem Pandemiestab des Landes. Es erfolgte die Aussage, dass Dessau-Roßlau richtig handelt. Da keine Änderungen im Spielbetrieb in Magdeburg stattfanden, wurde eine Beschwerde an den zuständigen Abteilungsleiter gerichtet und dieser versprach, dass es zu einem Gespräch kommen wird.

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales fragt an, ob für die Booster Impfungen für ältere Personen wieder eine zentrale Impfstelle eingerichtet wird.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales informiert, dass der amtierende Gesundheitsminister Herr Span vorgeschlagen hat, die Impfzentren wieder zu reaktivieren. Von der Landesregierung gab es dazu allerdings eine Absage. Mit der Feuerwehr und den mobilen Impfteams gibt es im kleineren Umfang mobile Angebote und diese werden veröffentlicht. Im Wesentlichen bleiben die Booster Impfungen Aufgabe der Hausärzte.

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales appelliert an alle, dass jeder darauf achten sollte, sich und andere zu schützen und die bestehenden Hygienevorschriften unbedingt einzuhalten.

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales bittet Herrn Lange um Informationen zu den Maßnahmen in der Prävention zur Afrikanischen Schweinepest.

Herr Lange, in Vertretung des Amtsleiters A 53 informiert, dass die Afrikanische Schweinepest entlang der Oder und im Landkreis Meißen langfristig festgestellt wurde. Daraufhin hat das Landesverwaltungsamt darauf hingewiesen, dass die bestehenden Katastrophenschutzstabsstrukturen zu nutzen sind. Diese Afrikanische Schweinepest kann nicht in wenigen Tagen, Wochen oder Monaten bekämpft werden, sondern stellt ein längerfristiges Problem dar. Es ist ein Beschluss vorbereitet, der dann einen Unterstab bei außergewöhnlichen Ereignissen in den Katastrophenschutzstab integriert. Dahingehend werden auch die Mitarbeiter*innen des Stabes geschult und Übungen durchgeführt. Es werden präventive Maßnahmen vorbereitet, die in der Beschlussvorlage integriert sind. Es gibt seit Jahren ein Monitoring-Programm mit

einem aktuellen Stand der Hausschweinbestände und Tierhalter, so dass eine Beprobungs- oder Aufstallpflicht eingeführt werden kann.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales ergänzt, dass die Beschlussvorlage in die nächste Oberbürgermeisterdienstberatung eingebracht wird. Wenn die Beschlussvorlage bestätigt wird, kann diese zur Information an das Protokoll der Sitzung angehängt werden

7.2 Sachstandsbericht des Jobcenter Dessau-Roßlau zur Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente - Eingliederungsmaßnahmen

Frau Blaszcok, Geschäftsführerin des Jobcenters, erstattet einen Bericht zur Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente – Eingliederungsmaßnahmen. Die Präsentation liegt als **Anlage 4** der Niederschrift bei.

Frau Perl, SPD-Fraktion bedankt sich für die Informationen und stellt dazu Anfragen.

Frage 1: Inwieweit spielt die Prioritätenliste der Stadt Dessau-Roßlau, die es vor einigen Jahren noch gab, eine Rolle?

Frage 2: Wofür wird die Weiterbildungsprämie verwendet (z. Bsp. Führerschein, Schweizerpässe usw.)?

Frage 3: Hat das Jobcenter schon Erkenntnisse, dass Anträge auf das Teilhabechancengesetz abgelehnt wurden, da die Mittel in der Eingliederungshilfe nicht reichen?

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales beantwortet die Frage 1 und bestätigt, dass eine Prioritätenliste zwischen dem Jobcenter und der Stadt Dessau-Roßlau vorliegt, resultierend aus der Trägerversammlung. Dadurch hat die Stadt Einfluss auf die Angebote z. B. in der Stadtpflege. Das Dezernat bereitet diese Prioritätenliste regelmäßig vor und thematisiert diese in der Oberbürgermeisterdienstberatung und das Ergebnis wird anschließend an das Jobcenter zurückgespiegelt.

Als Stadt und als Träger des Jobcenters würden wir gern noch mehr machen in Bezug auf AGH (Arbeitsgelegenheit). Dem stehen aber zwei Sachen entgegen. Das sind zum einen die Bewerberpotenziale. Die für AGH in Frage kommenden Personen können eher weniger in sozialen Projekten eingesetzt werden und zum anderen ist es eine Instrumentenkonkurrenz. Durch das Teilhabechancengesetz existiert bereits ein wirksames Instrument, welches direkte Integrationen erzeugt. Allerdings mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand. Frau Blaszcok hat das in der ihrer Präsentation sehr deutlich gezeigt. AGH wurde über 4 Jahre nach unten gefahren und das Teil-

habechancengesetz nach oben gefahren. Dieser Sachverhalt war bereits Thema in den Trägerversammlungen und wurde kritisch hinterfragt.

Frau Blaschczok, Geschäftsführerin des Jobcenters beantwortet die Frage 2: Je nachdem ob eine Förderung nach § 16e oder § 16i SGB II vorliegt, ist es möglich einen Führerschein oder eine berufsbedingte Qualifizierung bis hin zu einem beruflichen Abschluss gefördert zu bekommen. Es ist festzustellen, dass die Unternehmen noch nicht ganz so qualifizierungsfreudig sind, wenn berufsspezifische Qualifizierungen berufsbegleitend oder beschäftigungsbegleitend angeboten werden, da dies auch Arbeitszeit kosten würde. Es wird nicht nachgelassen, dafür zu werben und man kann auch nach dem Ende des Teilhabechancengesetzes noch qualifizieren.

Zur Frage 3 erklärt **Frau Blaschczok, Geschäftsführerin des Jobcenters**, dass bisher sehr moderat für die Kundenbestände Unternehmen akquiriert wurden, die daran Interesse hatten im Rahmen des Teilhabechancengesetzes, Mitarbeiter einzustellen. Bei einem flächendeckenden aktiven Unternehmen wurde einmal abgelehnt. Es muss darauf geachtet werden, dass keine Ungleichbehandlung, was den Umfang der Förderung betrifft, unternehmensspezifisch zugelassen wird. Bei knappen Fördermitteln muss entschieden werden, ob ggf. für das 3. und 4. Jahr verlängert wird oder ob wir Anderen Soziale und Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen und frei werdende Haushaltsmittel durch einen zusätzlichen Eintritt abfließen lassen.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Pause von 18:06 Uhr bis 18:12 Uhr.

7.3 Bericht des Jugendamtes zur Reform des SGB VIII

Herr Deckert, Amtsleiter des Jugendamtes, erstattet einen Bericht zur Reform des SGB VIII. Die diesbezügliche Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste fragt an, ob das Amt zwingend selber zu den neuen Aufgaben tätig werden muss oder kann mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses, z. B die Aufgaben der Lotsen an öffentliche Träger vergeben werden.

Herr Deckert, Amtsleiter des Jugendamtes erklärt unter Hinweis auf die Gesetzesbegründung, dass es sich um Aufgaben des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe handelt und diese Aufgaben beim Jugendamt verbleiben muss.

8 **Anfragen und Informationen der Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales**

Frau Perl, SPD-Fraktion richtet zwei Anfragen an die Verwaltung.

Bezugnehmend auf die Antwort der Verwaltung zur Anfrage zum Mietspiegel und der beabsichtigten zeitgleichen Angleichung der Kosten der Unterkunft, erscheint dieser Zeitpunkt im Hinblick auf die aktuell steigenden Preise und folgenden Abrechnungen zu spät.

Bei Leerstands-Immobilien zahlen die Mieter jetzt schon 2,00 Euro pro Quadratmeter an Heizkosten, was durch die KdU-Richtlinie nicht gedeckt ist. Wie will die Verwaltung mit den steigenden Energiepreisen umgehen?

Frau Paesold, Amtsleiterin Amt 50 informiert, dass bis zum 31.12.2021 die COVID19-Sonderregelungen in der Sozialleistungsgesetzgebung gelten und momentan werden weder die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft noch Einkommens- und Vermögensverhältnisse geprüft. Dies bedeutet, dass wir derzeit keine Kürzungstatbestände auch bei Nachreichung von Heizkosten vorliegen haben, der Prüfung des Einzelfalls vorbehalten werden diese Kosten grundsätzlich übernommen. Lt. Presseverlautbarungen ist man auch auf Bundesebene dabei, dem Thema steigende Strom- und Heizkosten entgegenzutreten. In diesem Jahr gab es die Klimaschutzkomponente im Wohngeld, die dort greift und ab 01.01.2022 wird es eine weitere Anpassung geben. Es wird sehr sachgerechte Entscheidungen im Einzelfall geben, die nicht dazu führen, dass die aufgrund der Corona bedingten Situation oder den Mehrverbrauch durch den letzten Winter entstandenen Kosten nicht übernommen werden.

Zum Thema Mietspiegel informiert **Frau Paesold, Amtsleiterin Amt 50** mit, dass die neue Pflichtaufgabe zur Erstellung eines Mietspiegel gekoppelt werden soll mit der Neuerarbeitung des schlüssigen Konzeptes. Dafür wird das Einverständnis des Stadtrates benötigt, die KdU-Höchstbeträge im Mai 2022 noch einmal anzupassen um die Frage der Inflationsrate und um dann ab 01.01.2023 den einfachen Mietspiegel oder ab 01.01.2024 einen qualifizierten Mietspiegel für die Stadt Dessau-Roßlau vorlegen zu können.

Frau Paesold informiert weiter, dass dies auch personaltechnisch untersetzt werden muss, da der Mietspiegel auch eine Beratungsfunktion beinhaltet.

9 Beschlussfassungen

9.1 Haushaltssatzung 2022, Haushaltsplan 2022, Stellenplan 2022 Vorlage: BV/404/2021/II-20

Herr Wegener kommissarischer Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung informiert über allgemeine Sachverhalte und bezieht sich auf aktuelle Zahlen vom 22.10.2021, die vom Land bestätigt wurden. Es gibt in der Stadt Dessau-Roßlau 28 Schulstandorte. Davon sind 15 Grundschulen, 4 Sekundarschulen, 3 Gymnasien, 3 Förderschulen und 1 Berufsbildende Schule. Es werden insgesamt 9024 Schüler beschult. Im Haushaltsplan berücksichtigt sind das Mehrgenerationenhaus bzw. die Volkshochschule, das Wohnheim für die Berufsauszubildenden bzw. die Musikschule. Die Erträge liegen hier bei 1,875 Mio. Euro. Das sind Erträge aus Kostenerstattungen von anderen Landkreisen, aus Mieten und Benutzungsgebühren. Aufwendungen insgesamt betragen 6,582 Mio. Euro. Schwerpunkte sind die Schülerbeförderungskosten mit 1,7 Mio Euro, Reinigungskosten mit 1,66 Mio Euro und die bauliche Unterhaltung sowie die Pflege der Außenanlagen mit 858.600,00 Euro. Um eine ausreichende Flexibilität auf bestimmte Bedarfe erreichen zu können, wird in drei Deckungskreise unterschieden. Das sind die bauliche Unterhaltung, Bewirtschaftungskosten und die Unterhaltung des geschäftlichen Vermögens und der Geschäftsausgaben.

Zum Investitionshaushalt erläutert **Herr Wegener kommissarischer Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung**, dass in der Verfügungsermächtigung des Haushaltes im Amt 40 ein Gesamtbetrag von 2,557 Mio Euro zur Verfügung steht. Dies beinhaltet den Digital-Pakt Schule mit 2,09 Mio Euro, die Luftfilter, die Beschaffung einer Konditoren-Küche im Berufsschulzentrum sowie die Instandsetzung der Fahrradständer in der Gemeinschaftsschule in Höhe von 25.000,00 Euro.

Für die bauliche Unterhaltung ist das Amt 65 verfügbungsberechtigt. Das Amt 65 hat verschiedene Baumaßnahmen. Frau Bürgermeisterin Nußbeck hat im letzten Stadtrat ca. 30 Projekte angesprochen. Wesentlicher Schwerpunkt war der Bereich der Schulen. Dazu gehören verschiedene brandschutztechnische Maßnahmen, die Fertigstellung der Generalsanierung, die Ausstattung und Gestaltung der Freianlage der Grundschule Tempelhofer Straße, der Neubau der Turnhalle Sekundarschule Kreuzberge, die Sportfläche der Gemeinschaftsschule Zoberberg, die Generalsanierung der Sekundarschule „An der Biethé“ in Roßlau. Die Schule für Körperbehinderte soll einen Neubau bekommen. Es geht um die Machbarkeitsstudie der Schule für geistig Behinderte. Hier berät man sich mit verschiedenen Ämter über mögliche Standorte. Dazu wird eine Beschlussvorlage erstellt. Und es geht um die Sanierung der Turnhalle des Berufsschulzentrums.

Frau Paesold, Amtsleiterin A 50 stellt den Haushaltsplan 2022 des Amtes 50. Die diesbezügliche Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

Herr Lange, in Vertretung des Amtsleiters A 53 stellt den Haushaltsplan 2022 des Amtes 53 vor. Die diesbezügliche Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

**9.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 und Folgejahre
Vorlage: BV/405/2021/II-20**

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, nachdem zu dieser keine Wortmeldungen erhoben wurden.

Abstimmungsergebnis: 7/0/1

Der Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Pause von 19.00 Uhr bis 19.05 Uhr.

**9.3 Übertragung der Beseitigungspflicht für tierische Nebenprodukte auf
einen Dritten/geeigneten Anlagenbetreiber
Vorlage: BV/372/2021/V-53**

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, nachdem zu dieser keine Wortmeldungen erhoben wurden.

Abstimmungsergebnis: 7/0/1

**9.4 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für den Planungszeitraum 2022/2023 bis 2026/2027
Vorlage: BV/344/2021/V-40**

**9.5 Schulen in Interventionsgebieten
Vorlage: FV/016/2021/BÜRGER**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Puttkammer, erklärt, dass der Einreicher der Vorlage das Wort erhält.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste erläutert, dass die Intention der Vorlage sehr klar ist. Bei der Schulentwicklungsplanung wird ein Fokus auf die Innenstadt bzw. auf die Interventionsgebiete sowie das Interventionsgebiet in Roßlau gelegt und mit der Planung auch dort begonnen. Die vorgesehene Zeitschiene passt jetzt nicht mehr. Die eingereichte Fraktionsvorlage sollte in der geplanten Sondersitzung vor der Beschlussvorlage zur Schulentwicklungsplanung diskutiert werden.

Der Ausschussvorsitzende greift das Thema auf und weist darauf hin, dass die Gemeinschaftsschule derzeit die Schulplanung noch etwas in Frage stellt. Er stimmt dem zu, dass es im Innerstädtischen Bereich Bedarfe gibt im Vergleich zu den Schulen, die außerhalb liegen, die einen Sanierungs- und Aufwertungsbedarf haben. Wenn der Inhalt der Fraktionsvorlage sich darauf bezieht, stimmt er dem Sachverhalt voll zu. Bezieht sich der Inhalt darauf, dass eine neue Schule eröffnet werden soll und eine andere zu schließen ist, würde man gegen das Gesetz verstoßen. Er regt an, die Fraktionsvorlage zurückzuziehen und weiter zu qualifizieren, da sie sehr allgemein gehalten ist und die Zielrichtung noch näher bestimmt wird.

Die von der Tagesordnung gestrichene Beschlussvorlage BV/344/2021/V-40 ist sehr umfangreich und beschreibt die einzelnen Schulstandorte. Entscheidend ist die Fortschreibung der Planung auf der Grundlage der Geburtenzahlen. Die Entwicklung an den Schulen kann in einem Zeitraum von 6 – 7 Jahren vorausgesagt werden. Wo wachsen die Kinder schwerpunktmäßig auf, diese Schulen werden in den Folgejahren stärker besucht werden, andere weniger. Die Schulstandorte können temporär so zugeschnitten werden, so dass alle Schulen erhalten werden können. Am Beispiel von Kleinkühnau ist dies schon praktiziert worden. Kleine Schulen mit einem altersähnlichen Kollegium können gefährdet sein, wenn mehrere Kollegen gleichzeitig weggehen.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste versteht den Ansatz zu einer Erhaltungspolitik für Schulen. Bei einer Entwicklungsplanung muss man sich mit den Gegebenheiten im Stadtgebiet auseinandersetzen. Wir haben die Schulentwicklungsplanung und ein Quartierskonzept und ein weiteres für das Interventionsgebiet Roßlau soll folgen. Die Vorgaben besagen, dass bei einer Schülerzahl von 30 ein Schulstandort theoretisch möglich wäre. Es muss erst der Bedarf geprüft und konkret benannt werden um dann entsprechende Entscheidungen treffen zu können. Es ist wenig hilfreich eine Entwicklung der Standorte zu planen und die Schülerzahlen nur an Hand der vorhandenen Schulen anzupassen, sondern die Vorgehensweise muss umgedreht werden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales drückt sein Bedauern aus, dass das Fachamt, auf Grund des Abstimmungsergebnisses zur Tagesordnung, hier dazu nicht ausführen kann. Die Schulentwicklungsplanung ist eine bedarfsorientierte Planung, nicht nur bezogen auf die Interventionsgebiete, sondern auf die ganze Stadt. Im Rahmen der Pandemie zeigen sich Probleme mit Klassen-Größen und bei Grundschulen sind wir bei einer Lehrerabdeckung zwischen 70% bis 85%. Die Fraktionsvorlage ist insgesamt für die Schulentwicklungsplanung nicht schädlich, außer der zeitliche Verzug. Die Beschlussvorlage beantwortet bereits jetzt alle Fragen, zu den Interventionsgebieten und Schulstandorten.

Frau Stadträtin Perl widerspricht diesen Ausführungen. Die Beschlussvorlage beantwortet nicht alle Fragen. Es muss betrachtet werden, welche Bedarfe da sind und warum wir Wanderungsbewegungen haben. Und dies erschließt sich nicht.

Herr Puttkamer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales weist daraufhin, dass es in Dessau-Roßlau ein funktionierendes System und einen funktionierenden Schuleinzugsbereich gibt und schultechnisch kein Problemgebiet ist. Die Situation in der Zoberbergschule, Mosigkau und Kochstedt im Sekundarbereich resultiert aus dem Beschluss des Stadtrates. An der Grenze zum Interventionsgebiet um das Leipziger Tor/Zentrum Süd gibt es mehrere Schulen die weiter gestärkt werden können. Es muss auch betrachtet werden, liegt es am Schulstandort oder liegt es an der Qualität des Schulunterrichtes.

Der Ausschussvorsitzende fragt an, ob die Vorlage und mit welchem Ziel abgestimmt werden soll.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste erklärt, wenn ihr zugesichert wird, dass bei der Diskussion um das Schulentwicklungskonzept der Unterpunkt Beleuchtung der spezifischen Quartierskonzepte aufgenommen wird, kann die Fraktionsvorlage zurückgenommen werden. Bisher ist dies jedoch nicht erkennbar.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung zeitnah einen Termin für eine Sondersitzung abzustimmen. In dieser Sondersitzung werden beide Vorlagen zur Diskussion gestellt.

Der Vorschlag wird von den Mitgliedern des Ausschusses angenommen.

9.6 Verbesserung der Inanspruchnahme "Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft" nach Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: FV/017/2021/Linke

Herr Lieschke, Fraktion Die Linke erklärt, dass mit dieser Fraktionsvorlage die Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, welche derzeit in Dessau-Roßlau bei 12,9 % liegt, vereinfacht und erhöht werden soll. Gleichzeitig soll die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden.

Herr Puttkammer, Vorsitzender des Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales verweist auf die Ausführungen zur Haushaltsplanung 2022 und der beabsichtigten Einführung einer Bildungskarte.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

12 Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 20.06 Uhr.

Dessau-Roßlau, 18.01.22

Michael Puttkammer
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit, Bildung und
Soziales

Schriftführer